

Beschlussprotokoll

18. Sitzung – Rechtspolitischer Ausschuss

17. September 2026 – 11:03 bis 12:19 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD)

CDU

Peter Franz
Jennifer Gießler
Hartmut Honka
Marie-Sophie Künkel
J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Lucas Schmitz

AfD

Gerhard Schenk (Bebra)
Sandra Weegels

SPD

Tanja Hartdegen
Alexander Hofmann (Wiesbaden)
Marius Weiß

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kaya Kinkel
Lara Klaes
Torsten Leveringhaus

Freie Demokraten

Marion Schardt-Sauer

Weitere Anwesende:

Minister Christian Heinz, Staatssekretärin Tanja Eichner, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien, des Rechnungshofes und weiterer Behörden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

Öffentlicher Teil

1. **Große Anfrage**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Belastungen in der Justiz
– Drucks. [21/4996](#) zu Drucks. [21/4241](#)–

Beschluss:

RTA 21/18 – 17.09.2026

Der Rechtspolitische Ausschuss hat die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in öffentlicher Sitzung besprochen.

Minister Christian Heinz sagt zu, die Angabe nachzureichen, welchen Deliktssparten die vom Deutschen Richterbund für das erste Halbjahr 2026 gemeldeten 122.500 offenen Verfahren in Hessen – insbesondere die im Vergleich zum Vorjahr hinzugekommenen 13.500 offenen Verfahren – zuzurechnen seien.

Minister Christian Heinz erklärt sich bereit, zu Frage 38 über eventuelle Rückmeldungen der Serviceeinheiten der Gerichte über die Nutzerfreundlichkeit des Akteneinsichtsportals zu berichten.

Abgeordnete Marion Schardt-Sauer bittet um die Nachreichung der aktuellen Statistiken zur Stellenunterbesetzung am Amtsgericht Frankfurt am Main.

3. **Berichts Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Steuerungsfähigkeit der Justiz in Hessen – Datengrundlagen, Verfahrensdauern und Rolle des Rechtspflegerdienstes
– Drucks. [21/4209](#) –

hierzu:

Schreiben des HMdJ vom 09.06.2026

– Ausschussvorlage RTA 21/8 –

(verteilt am 11.06.2026)

Beschluss:

RTA 21/18 – 17.09.2026

Der Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts der Landesregierung im Rechtspolitischen Ausschuss als erledigt.

Zuvor kam der Rechtspolitische Ausschuss überein, den Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(einvernehmlich)

4. **Berichts Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Digitalisierung der Zwangsvollstreckung in Hessen – Stand, Herausforderungen und weiterer Handlungsbedarf
– Drucks. [21/4399](#) –

hierzu:

Schreiben des HMdJ

– Ausschussvorlage RTA 21/11 –

(eingegangen und verteilt am 13.07.2026)

Beschluss:

RTA 21/18 – 17.09.2026

Der Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts der Landesregierung im Rechtspolitischen Ausschuss als erledigt.

Zuvor kam der Rechtspolitische Ausschuss überein, den Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(einvernehmlich)

Nicht öffentlicher Teil

- 2. Gesetzentwurf**
Landesregierung
Drittes Gesetz zur Änderung hessischer Vollzugsgesetze
– Drucks. [21/5063](#) –

Beschluss:

RTA 21/18 – 17.09.2026

Der Rechtspolitische Ausschuss beabsichtigt – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Präsidentin –, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Der Ausschuss kommt überein, dass die Kommunalen Spitzenverbände nicht eingeladen werden und jede Fraktion bis zu zwei Anzuhörende benennt.

Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörenden bis Freitag, 25. September 2026, zu benennen.

Hinweis: Benannte Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter müssen im Lobbyregister des Hessischen Landtages eingetragen sein.

Die Anzuhörenden werden um die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme bis Freitag, 12. November 2026, gebeten.

(eilvernehmlich)

5. Verschiedenes

Frage des Abgeordneten Torsten Leveringhaus

Wiesbaden, 18. September 2026

Protokollführung:

Vorsitz:

Silvia Hoffmann

Patrick Schenk (Frankfurt)